

## „Teure Kinderbetreuung in Starnberg: Stadtrat diskutiert Gebührenreform“

Starnbergs Stadtrat prüft sozial gestaffelte Kita-Gebühren zur Entlastung einkommensschwacher Familien. Gespräch zum Budget 2024.

In der Stadt Starnberg wird aktuell eine Diskussion über eine potenzielle sozial gerechte Staffelung der Kita-Gebühren geführt. Diese Thematik steht im Mittelpunkt des Interesses, insbesondere angesichts der Sorgen, die einkommensschwächere Familien in der wohlhabenden Gegend umtreiben.

### Hintergrund: Hohe Kosten für Eltern

Eltern stehen deutschlandweit vor enormen finanziellen Herausforderungen. Das Statistische Bundesamt schätzt, dass die Erziehung eines Kindes bis zum 18. Lebensjahr durchschnittlich 150.000 Euro kostet. In Starnberg, einer Stadt mit hohen Lebenshaltungskosten, wird dieser Betrag vermutlich noch übertroffen. Angesichts einer angespannten Haushaltslage beschloss der Stadtrat eine Erhöhung der Gebühren für Kindertageseinrichtungen, was dazu führte, dass viele Familien um ihre finanziellen Möglichkeiten bangen.

### Diskussion über Gebührenstaffelung

In der letzten Sitzung des Stadtrats vor der Sommerpause machte die Grüne Fraktion einen bemerkenswerten Vorschlag zur Einkommensabhängigkeit der Gebührenhöhe. Der Vorschlag stieß insgesamt auf positive Resonanz im Stadtrat. Eine

grundlegende Einigkeit besteht darüber, dass eine sozial gerechtere Gebührenregelung angestrebt werden sollte, auch wenn eine Umsetzung frühestens im Kitajahr 2025/26 realistisch erscheint. Die Verwaltung wurde beauftragt, bis zum Winter ein Konzept zu erarbeiten.

## **Einblick in die Problematik**

Die Stadtverordneten erkannten die Herausforderungen einer solchen Regelung. Die Frage nach der Festlegung der Einkommensgrenze, die voraussichtlich bei 60.000 Euro brutto liegen soll, bleibt schwierig. Wie Otto Gaßner von der UWG es treffend formulierte: „Verwaltungstechnisch ist das eine Pest, sozialpolitisch aber ein Muss.“ Diskutiert wurde auch, dass Familien mit unterschiedlich hohen Einkommen in sehr verschiedenen Wohnsituationen möglicherweise ungleich behandelt werden könnten.

## **Verwaltungskosten und Effizienz**

Ein weiteres zentrales Thema ist der verwaltungstechnische Aufwand. Momentan erstellt die Stadt jährlich rund 700 Gebührenbescheide. Wird eine Ermäßigung beantragt, könnte dies zu einem zusätzlichen Verwaltungsaufwand von bis zu 700 Stunden führen. Bürgermeister Patrick Janik betont die Notwendigkeit, an die praktischen Umsetzungsfragen zu denken, bevor eine Entscheidung getroffen wird. Der zusätzliche Personalaufwand und die damit verbundenen Kosten stellen große Herausforderungen dar.

## **Unterstützungsleistungen und vorhandene Optionen**

Ein weiterer Aspekt der Diskussion sind die verschiedenen Fördermöglichkeiten, die bereits existieren. Das Landratsamt übernimmt unter bestimmten Bedingungen die Kita-Gebühren für einkommensschwächere Familien. Diese

Unterstützungsleistungen werden oft nicht vollständig in Anspruch genommen, was darauf hindeutet, dass es an Aufklärung zu diesen Leistungen fehlt.

## **Aktuelle Kita-Situation in Starnberg**

Die Stadtverwaltung konnte zudem berichten, dass sich die Platzsituation in den städtischen Kindergärten entspannt hat. Für das kommende Betreuungsjahr stehen allen Bewerbern Plätze zur Verfügung, was die Sorgen vieler Eltern lindert. Trotz der Schließung der BRK-Kinderkrippe an der Gautinger Straße gibt es ausreichend Alternativen, um betroffenen Familien eine Lösung anzubieten.

Die laufende Diskussion im Stadtrat zeigt sowohl den Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit als auch die großen Herausforderungen, die mit der Umsetzung einer gerechteren Gebührenstruktur verbunden sind. Es bleibt abzuwarten, wie die Stadtverwaltung die anstehenden Fragen klären wird, um eine faire und umsetzbare Lösung für alle Familien in Starnberg zu finden.

- **NAG**

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)**